

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Khosrow Haidari (Hamburg-Wandsbek KV)

Änderungsantrag zu WB-EW-01

Nach Zeile 94 einfügen:

Migrant*innen mehr ins politische System einbinden

Die Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Migrant*innen ist sehr gering. Dagegen wollen wir gezielt vorgehen. Wir wollen noch gezielter für ihre Interessen eintreten und ihnen zeigen, wie sie durch politische Partizipation selbst Einfluss auf politische Entscheidungen in Land und Kommune nehmen können. Wir wollen die Einwanderinnen und Einwanderer motivieren, sich mit dem politischen System Deutschlands zu beschäftigen, denn die Einbindung der Migrant*innen ins politische System führt automatisch zu mehr Integration und Demokratisierung.

Begründung

Bei der Bundestagswahl 2009 waren 5,6 Mio. Personen mit Migrationshintergrund wahlberechtigt. 2013 waren es 5,8 Mio. Rund 200.000 Personen mehr. Diese Zahl hat sich bis jetzt deutlich erhöht und wird sich in den nächsten Jahrzehnten noch weiter erhöhen. Trotz dieser Zahlen, spielte diese Wählergruppe bei den letzten Bundestagswahlen keine besonders große Rolle. Ein Grund dafür dürfte auch die sehr geringe Wahlbeteiligung der Migrant*innen sein. Dies wird sich aber zunehmend ändern. Durch die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft der überdurchschnittlich jungen Migrant*innen und der wachsenden Wahlbeteiligung dieser Wählergruppe, werden Migrant*innen für Parteien als potenzielle Wählergruppe immer wichtiger.

Viele haben Angst vor gesellschaftlicher Diskriminierung. Besonders jetzt, in einer Zeit, in der wir uns gerade befinden, in der die AFD-Chefin Frauke Petri, Marine Le Pen vom Front National, der Islamkritiker Geert Wilders von der holländischen Freiheitspartei und sogar Donald Trump, als Präsident eines Staates, der sich als Vermittler von Werten wie Menschenrechte und Moral versteht, immer stärker werden und sich offen gegen Migrant*innen aussprechen. Und umso wichtiger ist es jetzt, diese Wählergruppe für sich zu gewinnen und ihnen zeigen, dass sie durch politische Partizipation Einfluss auf politische Entscheidungen in Land und Kommune nehmen können. Diese Gelegenheit müssen wir jetzt ergreifen und dürfen es nicht der SPD überlassen.

Unterstützer*innen

Sabine Kashi (Hamburg-Wandsbek KV); Christa Möller (Hamburg-Wandsbek KV); Uwe Halpap (Hamburg-Wandsbek KV); Jan-Hendrik Blumenthal (Hamburg-Wandsbek KV); Clamor v. Trotha (Hamburg-Wandsbek KV); Heinrich Sackritz (Hamburg-Wandsbek KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Jim Martens (Hamburg-Eimsbüttel KV); Julian von Bülow (Hamburg-Altona KV); Maryam Blumenthal (Hamburg-Wandsbek KV); Eckhard Heumeyer (Hamburg-Wandsbek KV); Gudrun Schitteck (Hamburg-Harburg KV); Christiane Blömeke (Hamburg-Wandsbek KV); Ursula

Martin (Hamburg-Wandsbek KV); Miriam Block (Hamburg-Harburg KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Bernd Gosau (Bremen-Mitte KV); Dennis Paustian-Döscher (Hamburg-Wandsbek KV); Ulrike Käthe Martha Ingeborg Sparr (Hamburg-Nord KV); Kemal Anıl Kaputanoğlu (Hamburg-Nord KV); Marc Benjamin Benirschke (Hamburg-Harburg KV)